

PRESSEMITTEILUNG

Hamburg, den 08.10.2014

Busbeschleunigungsprogramm im Bezirk Hamburg-Nord: CDU fordert Informationsveranstaltung des SPD-Senats und reicht Antrag in die Bezirksversammlung ein

Rund 1.000 (!!) Menschen kamen in dieser Woche in der St. Gertrud-Kirche zusammen, um sich über die Busbeschleunigungsplanungen des SPD-Senats auf der Uhlenhorst zu informieren. Leider war erneut kein Vertreter des Senats vor Ort, um den Bürgern die angeblichen Vorzüge, die Ziele und den Sinn der präsentierten Umbaupläne für die Uhlenhorst zu erklären. Auch vor diesem Hintergrund stießen die Planungen des SPD-Senats bzgl. der Umgestaltung der Papenhuder Straße und des Hofweges auf völliges Unverständnis. Dieses betraf insbesondere die beabsichtigten Baumfällungen, den Wegfall des Zebrastreifens und den geplanten Parkplatzwegfall.

Obwohl seit mehr als einem Jahr (Lange Reihe, Mühlenkamp) die Proteste und der Informationsbedarf der Bevölkerung zu den Busbeschleunigungsmaßnahmen immer größer wird, hat es bis heute keine Informationsveranstaltung des SPD-Senats dazu gegeben, geschweige denn, dass sich einmal ein Senatsmitglied vor Ort blicken ließ, um mit den Bürgern zu sprechen.

Die CDU hat daher für die morgige Sitzung der Bezirksversammlung einen Antrag eingereicht, der folgende Punkte umfasst und zur Abstimmung steht:

1. Der SPD-Senat wird von der Bezirksversammlung aufgefordert, bis zum 15.11.2014 auf der Uhlenhorst eine Informationsveranstaltung durchzuführen, bei der der für das Busbeschleunigungsprogramm verantwortliche Senator die Vorzüge, Ziele sowie den Sinn des SPD-Busbeschleunigungsprogramms am Beispiel der auf der Uhlenhorst geplanten Maßnahmen erklärt und den Bürgern für Fragen zur Verfügung steht.
2. Die Informationsveranstaltung soll in der Uhlenhorster St. Gertrud-Kirche stattfinden.

Hierzu erklärt Christoph Ploß, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion:

„Wenn das Busbeschleunigungsprogramm angeblich so viele Vorzüge und Vorteile bringt, wie vom SPD-Senat immer wieder behauptet wird, dann ist es überfällig, dass der Senat diese Vorzüge den betroffenen Stadtteilen endlich erklärt. Wenn der Senat sich trotz der immer größeren Bürgerproteste weiterhin weigert, endlich auf den Gesprächsbedarf der betroffenen Anlieger einzugehen, wäre das eine Bankrotterklärung und das Eingeständnis, dass das Busbeschleunigungsprogramm eine unglaubliche politische Fehlentscheidung ist.“

**Für Rückfragen:
Fraktion, Tel.: 040-46 53 71**